

Als Quintessenz kann man vielleicht formulieren, daß es Preston gelingt, aufzuzeigen, wie sehr das Regime an die Person Francos gebunden war, dem es gelang, seine soziale Basis mit sich zu identifizieren und ihr das Gefühl einer absoluten Übereinstimmung in allen Interessen zu vermitteln. Letztlich, wenn das auch schon außerhalb des Themenkreises dieses Sammelbandes liegt, war es nur der große ökonomische und soziale Wandel in Spanien seit den 1950er Jahren, der dem Regime seine Basis entzog.

*Reiner Tosstorff, Frankfurt/Main*

Andreas Wirsching, *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, Göttingen 1990, 396 S., Ln., 98 DM.

Eine schon klassische Frage der britischen Historiographie steht am Beginn dieser Untersuchung: Wieso kam es auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Reform Bill im Jahre 1831 nicht zur eigentlich fälligen Revolution? Daß die dafür benötigte Sprengkraft vorhanden war, steht für den Autor außer Frage: Als Reaktion auf die Oligarchisierung des Unterhauses war in der politischen Öffentlichkeit eine gesellschaftliche Kraft entstanden, die mit dem Rekurs auf das »egaliserende Prinzip der politischen Anteilnahme aller Staatsbürger« die herrschende Verfassungstheorie in Frage stellte. Aus der Polarisierung von Öffentlichkeit, der »Stimme des Volkes«, und dessen eigentlicher Vertretung, dem House of Commons, aber, dies die Hauptthese des Buches, erwachsen neue Formen der Interaktion. Diese stabilisierten das System und ermöglichten somit den evolutionären Übergang.

Am Beginn steht die Beschreibung der »Protagonisten« dieses Kampfes um die Kommunikation: Auf der einen Seite das nationale Parlament, im System des »mixed government« von seinem konstitutionellen Widerpart, der Regierung, zunehmend aus der Verantwortung gedrängt und von seinen Apologeten nur mühsam durch die unausgegorenen Verfassungskonstrukte von »virtual« und »interest representation« gerechtfertigt. Auf der anderen Seite die politische Öffentlichkeit, ein zunächst fast ausschließlich provinzielles Phänomen, charakterisiert durch den Aufschwung der mehrheitlich liberalen Presse, die neue und im Untersuchungszeitraum zunehmend Anerkennung findende Kampfform der öffentlichen Versammlung samt Petition sowie die wachsende Einflußnahme außerparlamentarischer politischer Zusammenschlüsse. Zusammengenommen bildeten sie den vierten Zweig des »mixed government«, eine »rechtlich gesicherte, neutrale Kategorie politischen Handelns, um deren Beschlagnahme beständig gerungen wird.« Die Definition dieser zentralen Erklärungskomponente macht deutlich, daß der Autor Öffentlichkeit, in erklärter Distanz zu Habermas, als eine prozessuale Erscheinung versteht, die nur auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zu erfassen ist. Erst die Verfestigung dieses Prozesses mündet in die öffentliche Meinung, die von den Herrschenden von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr ignoriert werden kann.

Die Entstehung eines nationalen Publikums bedingt den empirischen Ansatz der Arbeit; nur auf der lokalen Ebene ist die Auffüllung der diffusen Begrifflichkeiten von »Öffentlichkeit« und »Volk« zu erreichen. Wirsching greift für diese Analyse drei Hauptstränge des agierenden Publikums heraus: Das country-ideologische und das liberale Paradigma sowie – als im Vorfeld der Reform an Akzeptanz gewinnende neue Kraft – die demokratische Variante. Dabei tritt als entscheidendes Charakteristikum der Öffentlichkeit zutage, daß sie nicht von einer gesellschaftlichen Formation allein in Beschlag genommen werden konnte, vielmehr allen Gruppierungen des »people« als Aktionsraum offenstand. Detailliert und quellennah führt der Autor vor, wie unterschiedlich strukturierte und motivierte Gruppen

im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts die politische Öffentlichkeit für ihr jeweiliges gesellschaftliches Ideal zu instrumentalisieren suchten. Dabei veränderte sich auch das Gewicht der politischen Öffentlichkeit, die über die Öffnung für alle im herrschenden Repräsentativsystem benachteiligten Gruppierungen selbst in den Rang einer Verfassungskategorie aufstieg.

Unverkennbar ist, daß der herrschaftsfreie rationale Diskurs weder Maßstab noch Ziel dieses Kampfes um die öffentliche Meinung sein konnte. Je stärker sich diese zahlenmäßig darstellte, desto größer war ihre moralische Kraft und folglich ihr Einfluß auf den parlamentarischen Entscheidungsprozeß. Zunehmend bestimmten Anpassung und – wenn möglich – Antizipation der öffentlichen Meinung durch Exekutive und Unterhaus die Entwicklung. In dieser »Selbstreferenz« des unreformierten Systems und der damit gegebenen Verminderung der »System-Umwelt-Differenz« – eine etwas ausführlichere Erläuterung dieser von Luhmann geprägten Begrifflichkeiten wäre hier vielleicht angebracht gewesen – sieht der Autor die Erklärung für die erstaunliche Dauerhaftigkeit der alten Ordnung.

Der Autor verweist in seiner Vorrede implizit auf die beschränkte Verallgemeinerungsfähigkeit eines Ansatzes, der sich aus der Rückführung des Begriffs der politischen Öffentlichkeit auf soziale und zeitspezifische Kategorien ergebe. Angesichts des in dieser Untersuchung vorgestellten theoretischen Bezugsrahmens und der überzeugend präsentierten Argumentationslinie scheint diese Zurückhaltung eher übertrieben. Mehr als drei Jahrzehnte nach den bahnbrechenden Überlegungen von Habermas könnte die Zeit für eine Neuformulierung des oft strapazierten Begriffs der (bürgerlichen) Öffentlichkeit gekommen sein.

*Michael Seid, Tübingen*

François Crouzet, *Britain Ascendant: Comparative Studies in Franco-British Economic History*, Cambridge University Press, Cambridge 1990, 514 S., geb., 50 £.

Scholars interested in the economic development of Britain and France will welcome the publication of 14 essays by François Crouzet which originally appeared between 1964 and 1982. Since some were written long ago, the author has provided postscripts to bring them up to date. Most of the chapters have the industrialisation of Britain and France as a common theme.

The first chapter is Crouzet's article of 1966 on the contrasts in the economic growth of the two countries in the eighteenth century while the second chapter comments upon the lively debate to which the article gave rise. The author summarises the factors – historical, political, social, economic and geographical – which paved the way for the industrial revolution in Britain. And many of these factors were lacking in France.

Other topics discussed by Crouzet cover the period of the industrial revolution, are British capital formation and exports; the wars of 1792–1815; and the North Atlantic trade. The nineteenth century is represented by essays on how western Europe (France, Germany, Belgium, Holland, Switzerland) followed Britain's example and developed modern industries (1815–50); on Franco-British commerce from the Méline tariff to the first world war; and the significance of British coal exports to France from the 1830s to 1914.

On all these topics Crouzet contributes valuable insights into industrialisation in general and Franco-British economic relations in particular. He reminds his readers that the growth of modern industries is a highly complex process which differs in various countries owing to the significance of a variety of factors. And he emphasises the importance of studying regional as well as national developments. A brief review can hardly do justice to all the insights which the author provides and this collection of essays is assured of a warm reception.

*William Otto Henderson, Hemel Hempstead*